

(Abgeordneter Sindermann.)

(A) quenzen durchdenken. Nun lesen Sie einmal die Blätter, die auf den Bahnhöfen verkauft werden! Passen Sie auf, es sind konservative Blätter darunter. Ich würde niemals meine Hand dazu bieten, wenn der Antrag eingebracht würde, daß die „Deutsche Tageszeitung“ von der Regierung vom Bahnhofsverkaufe ausgeschlossen werden sollte. Ich würde niemals dafür stimmen können, ebenso wenig dafür, daß die „Dresdner Nachrichten“ von einem solchen Verbote betroffen werden sollten. Ich halte es für notwendig, daß die politischen Zeitungen, ganz gleich, welche Richtung sie vertreten, von allen Politikern gelesen werden. Weil das „Berliner Tageblatt“ die scharfe Demokratie vertritt und außerdem doch noch ein Weltblatt ist, wie es kein zweites in Deutschland gibt — denn kommt man nach dem Auslande, so findet man im wesentlichen das „Berliner Tageblatt“, besonders in den Hauptstädten —, so würde man sich mit einem Verbote nur lächerlich machen. Wenn man behauptet, daß die hergelaufenen Berichtersteller ihren Schabernack trieben mit den heiligsten Gefühlen des sächsischen Volkes — ja, Herr Kollege Schmidt, woher kennen Sie denn die heiligsten Gefühle des sächsischen Volkes, und woher weiß das sächsische Volk, was in dem „Berliner Tageblatt“ steht? Das liest ja das Volk gar nicht. Aber es kommt darauf an, daß weite Kreise darauf angewiesen sind, das „Berliner Tageblatt“ auf den Bahnhöfen zu kaufen. Erstens enthält es einen gut unterrichteten politischen Teil, und dann kommt der Handelsteil, der im „Berliner Tageblatt“ sehr umfangreich ausgeprägt ist und es zu der besten aller deutschen Zeitungen macht, auch hauptsächlich wegen des Feuilletons, das auf der Reise an und für sich einen sehr angenehmen Eindruck macht. Nun vergleichen Sie aber andere Blätter damit! Herr Kollege Schmidt sagte vorhin: Ja, es kommt nur darauf an, daß man unter allen Umständen Geld verdienen will. Ja, Geld verdienen, das tut man bei den großen Tageszeitungen nicht bloß durch Abonnements und durch den Bahnhofsverkauf, das tut man durch die Inserate, und ich habe in manchem christlich-konservativen Organ Inserate gefunden, die jeder Beschreibung spotten. Lesen Sie einmal die Heiratsseufzereien, lesen Sie einmal die Inserate, wo sich fleißige und auch fleischige Masseusen zur Behandlung anbieten, lesen Sie weiter, welche Geheimmittelinserate in diesen Zeitungen vertreten sind, und dann werden Sie sagen: das spottet jeder Beschreibung. Aber diese Zeitungen sind vorn vaterländisch und monarchisch bis auf die Knochen,

(Heiterkeit links)

hinten können sie noch so sehr gegen christliche und sittliche Weltanschauung und gegen das Familienglück sündi-

gen, da schadet es gar nicht, das nimmt man mit in (C) Kauf, und trotzdem muß man sich hüten, solche Zeitungen den Kindern in die Hand zu geben. Wenn man ein Verbot von Zeitungen herbeiführen will, dann frage ich mich: Welche Zeitungen soll man heraussuchen, ein Blatt, welches sittlich solche Verwüstungen anrichtet, oder ein Blatt, das die schärfste Demokratie vertritt? Da kann die Wahl nicht schwer sein, und wenn alle diese Konsequenzen von den Konservativen durchgedacht worden wären, dann wäre es nicht zur Stellung des heutigen Antrages gekommen, von dem ich hoffe, daß er einmütig abgelehnt wird.

(Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schreiber.

Abgeordneter Schreiber: Meine hochverehrten Herren! Ich möchte zunächst im Namen meiner politischen Freunde unser Bedauern aussprechen, daß der Antrag, der bereits im November v. J. eingebracht worden ist, erst heute zur Beratung kommt. Es entzieht sich unserer Kenntnis, welchen Umständen das zuzuschreiben ist. Der Herr Kollege Hartmann hat allerdings vorhin angedeutet, daß die Geschäftslage in der Kammer es nicht zugelassen habe. Man muß sich dann aber wundern, daß auf der anderen Seite eine große Anzahl Anträge und Interpellationen anderer Art verhandelt worden sind. (D)

Meine Herren! Ich kann in alle Wege den Herren Kollegen Hartmann und Illge nicht darin zustimmen, daß die allgemeine Entrüstung über die damaligen Artikel des „Berliner Tageblatts“ jetzt nicht mehr so frisch wäre. Wir betrachten den Antrag, den wir eingebracht haben, als einen Akt der Notwehr der königstreuen Elemente unseres sächsischen Volkes.

(Sehr gut! rechts.)

Die öffentliche Meinung verlangt doch sonst immer schnelle Maßnahmen der Regierung. Ich verweise bei dieser Gelegenheit nur darauf, mit welcher Nachdrücklichkeit man z. B. bei dem Falle Forstner in Zabern ein schnelles Einschreiten der Regierung gewünscht hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren! Ich kann natürlich bei meinen Ausführungen nicht noch einmal auf die Gründe eingehen, die uns weiter noch zum Einbringen dieses Antrags veranlaßt haben. Mein Herr Kollege Schmidt hat das bereits so ausführlich getan, daß ich darauf verzichten kann. Ich muß aber sagen: ich bin außerordentlich enttäuscht von dem Verlaufe der heutigen Debatte. Ich war der